



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 17. September 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 602 Anfrage Amrein Ruedi über die Umsetzung der eidgenössischen Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 602 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Jost Troxler lehnt die Dringlichkeit ab.

Jost Troxler: Die SVP-Fraktion beantragt, die Dringlichkeit abzulehnen. Grundsätzlich möchte die SVP über ein Thema, über das in rund zwei Wochen eine Volksabstimmung stattfindet, im Rat nicht debattieren. Das betrifft nicht nur das vorliegende Thema, sondern gilt für alle anstehenden kantonalen, kommunalen oder eidgenössischen Abstimmungen. Wenn wir hier Hand bieten, wird der Kantonsratssaal zur Abstimmungsarena, und das wollen wir nicht.

David Roth: Erst kürzlich hat die SVP selber eine Anfrage zu einer anstehenden Abstimmung dringlich eingereicht. Damals hat die SP der Dringlichkeit zugestimmt, weil uns das in diesem Fall richtig erschien. Ich erwarte auch von der SVP, dass sie die Dringlichkeitskriterien nicht aufgrund einer parteipolitischen Ausrichtung unterschiedlich auslegt. Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu.

Markus Odermatt: Die CVP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu.

Monique Frey: Die Grüne Fraktion ist erfreut über diesen Vorstoss und stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Aus Sicht der Regierung erfüllt die vorliegende Anfrage die Dringlichkeitskriterien. Nach der Abstimmung ist die Anfrage obsolet, daher bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 85 zu 27 Stimmen zu.

Ruedi Amrein ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Ruedi Amrein: Ich bin über die Antwort des Regierungsrates enttäuscht, vermutlich konnte ich aber nicht viel mehr erwarten. Als ich die Anfrage gestellt habe, hat sich die Diskussion vor allem den attraktiven Titel der Volksinitiative und weniger um ihren Inhalt gedreht. Meine Befürchtungen führten zur vorliegenden Anfrage mit dem Ziel, dass regional verankerte Behörden mit ihrer Glaubwürdigkeit ihre Erfahrungen und Kenntnisse einbringen und die Diskussion etwas rationaler machen können. Das ist leider nicht der Fall. Zusammenfassend entnehme ich der Antwort, dass offenbar die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Region noch nicht bekannt sind. Die Initianten hoffen, dass das Parlament diese Auswirkungen abschwächen wird. Ich schliesse daraus, dass die Initianten selber nicht restlos von ihrer Idee überzeugt sind. Die schwierigeren und viel aufwendigeren Kontrollen stehen beim Bund

und beim Kanton bereits im Vordergrund und werden nicht infrage gestellt. Weil diese Kontrollen an Importeure delegiert werden, erfolgt eine Überwälzung der Kosten auf die Konsumenten. Das führt zu höheren Preisen und allenfalls zu Einkaufstourismus. Der Kanton Luzern hat dank seiner starken Tierhaltung eine hohe Wertschöpfung. Dadurch werden zwar auch Umweltfragen ausgelöst, die zum Teil bereits in Bearbeitung, aber auch gelöst sind. Ich befürchte, dass die Initiative mit ihren hohen Forderungen diese Diskussion blockiert und das Verhältnis zwischen Kanton, Konsumenten und Landwirten belastet. Sollte die Landwirtschaft unter Druck geraten, werden dies auch die starken Betriebe im vor- und nachgelagerten Bereich spüren, auf der Landschaft stärker als in der Agglomeration. Das passt überhaupt nicht zu den Bestrebungen des Kantons, seine wirtschaftliche Attraktivität zu stärken. Wir müssen das Wegbrechen von Wertschöpfung jedoch vermeiden. Dazu gehören auch mögliche Reaktionen aus dem Ausland im Dienstleistungs- und Industriebereich bei Exporten. Dank dieser Tierhaltung konnten sich im Kanton Luzern überdurchschnittlich viele kleinere Betriebe halten. Mit der Fair-Food-Initiative wird der Strukturwandel angeheizt. Soweit die Anliegen der Fair-Food-Initiative nicht bereits erfüllt sind, werden strengere Vorschriften verlangt. Lösungen zu ökologischen Herausforderungen im Kanton Luzern werden erschwert. Die Initiative bringt den Kanton Luzern in Schwierigkeiten, was wir zurzeit nicht brauchen können. Aus diesen Gründen lehne ich die Initiative ab.

Markus Odermatt: Nach Meinung der CVP-Fraktion sind die Antworten auf die Anfrage sehr dürrtig ausgefallen. Der Regierung hat sich mit der Anfrage die Chance geboten, sich klar hinter die Luzerner Landwirtschaft und die Lebensmittelproduzenten zu stellen. So hätte sie beispielsweise bei der Frage 1, welche Auswirkungen die Initiative auf die Nahrungsmittelindustrie im Kanton Luzern hat, klar aufzeigen können, welche grosse Bedeutung die Luzerner Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Betrieben für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze im Kanton hat. Wir sind auch überzeugt, dass es bei der Umsetzung gemäss Initiativtext zu grösseren Auseinandersetzungen kommen könnte und die Landwirtschaft als Verliererin dastehen würde. Wir brauchen keine zusätzlichen Gesetze und Verordnungen, alles Nötige ist bereits in der Bundesverfassung verankert. Die Nahrungsmittelproduktion in der Schweiz würde geschwächt und Unsicherheit gefördert, und die Konsumenten würden finanziell belastet. Seit Jahren wird uns Landwirten angeraten, qualitativ hochwertige Nischenprodukte zu produzieren, einerseits um uns von den ausländischen Billigprodukten abzugrenzen, andererseits um unsere Existenz zu sichern. Die Initianten wollen die ausländischen Produzenten verpflichten, mit den gleichen Standards Nahrungsmittel zu produzieren wie in der Schweiz. Diese Forderung könnte erstens ohne eine Gegenleistung kaum umgesetzt werden. Zweitens würde dies bedeuten, dass die Nahrungsmittel aus dem Ausland in unseren Regalen den gleichen Status erhalten. Die Produktion müsste mit vielen Kontrolleuren überwacht werden, was die Steuerzahler zu berappen hätten. Zudem würden diese Nahrungsmittel einiges weniger kosten, weil die Produktionskosten im Ausland nicht mit den schweizerischen Produktionsbedingungen vergleichbar sind. Diese importierten Nahrungsmittel würden für den Konsumenten attraktiver und hätten bei der Auswahl den Vorzug. Also würden wir Landwirte erneut den Kürzeren ziehen. Es geht nicht darum, die Konsumenten zu bevormunden, sondern die Grossverteiler aufzufordern, die einheimischen Produkte konsequent zu fördern, zu deklarieren und die Unterschiede aufzuzeigen, sei es in Bezug auf Pflanzenschutz, Tierschutz oder soziale Rahmenbedingungen. Aus diesen Gründen lehne ich die Initiative ab.

Monique Frey: Zwei Herausforderungen haben die Grünen dazu bewogen, die Fair-Food-Initiative zu initiieren und die Diskussion zu lancieren. Was ist uns unsere inländische Landwirtschaft und was sind uns ihre Produkte wert? Wie können wir unsere natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser, Landschaft und Wald erhalten und die Klimaveränderung stoppen, damit auch unsere Nachkommen in einer Welt wie wir leben können? Trotz starker Unterstützung durch Direktzahlungen ist in der Schweiz der preisliche Druck auf landwirtschaftliche Produkte so gross, dass die Landwirte und ihre Familien

schuffen und trotzdem auf keinen grünen Zweig kommen. Ich bin sehr überrascht, dass viele Bauernpolitiker diesen Umstand mit Schulterzucken akzeptieren. Ihnen sollte klar sein, dass wir in der Schweiz, auch aufgrund der topografischen und klimatischen Verhältnisse, nie so effizient und rationell produzieren können, wie dies in vielen ausländischen Gebieten der Fall ist. Ihnen sollte auch klar sein, dass die Unterstützung vieler Schweizerinnen und Schweizer für die nationale Landwirtschaft wegfällt, wenn die Vorschriften für Tierhaltung, Düngung und Pflanzenschutz nicht angepasst werden. Im Kanton Luzern gibt es genügend Beispiele dazu, zum Beispiel der Zustand des Baldeggersees. Es liegen bereits zwei Initiativen auf dem Tisch für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide und für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung sowie keine Subventionen für Pestizide und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz. Dadurch wird auch die Landwirtschaft gefordert. Genau dort setzt die Initiative der Grünen an: Sie will eine regionale, saisonale, umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft unterstützen. Durch klare Deklarationen will sie vor allem auch für die Konsumentinnen und Konsumenten beispielsweise die Tierhaltung ersichtlich machen. Die Initiative will den fairen Handel unterstützen und gleichzeitig für den Import die gleichen Standards setzen wie für die im Inland produzierten Lebensmittel. Mit dieser Initiative setzen die Grünen nicht auf schrankenlosen Freihandel, sondern auf eine Qualitätsstrategie. Nur so wird die schweizerische Landwirtschaftsproduktion gestützt, und die Umweltstandards werden eingehalten. Das ist die Strategie, welche auch die weltweite Produktion von Lebensmitteln auf die regionale Produktion zurückführen muss. Im Moment ist die weltweite landwirtschaftliche Produktion für über 20 Prozent der klimaschädigenden Treibhausgase verantwortlich – nicht weil es immer mehr Menschen auf der Welt gibt, sondern weil vor allem Nationen wie wir immer mehr verlangen. Die Schweiz führt Tonnen von Tierfutter ein, welches auf Böden in Brasilien wächst, wo noch vor einigen Jahren Urwald stand. Wir können unseren Konsum nicht exportieren. Noch etwas zur Verteuerung der Lebensmittel. Wenn wir in der Schweiz 6 bis 10 Prozent für Lebensmittel bezahlen, ist das wenig. Klar gibt es in der Schweiz Familien, die mehr aufwenden müssen. Aber es ist nicht zukunftsweisend, wenn wir Sozialpolitik und Umweltpolitik gegeneinander ausspielen. Mit fairen Mindestlöhnen und einer gerechten sozialen Unterstützung von Familien in der Schweiz könnten sich alle Produkte aus einer naturnahen und umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen leisten.

Hasan Candan: Wer denkt nicht gerne an den Schmutzigen Donnerstagmorgen mit seiner Orangenschlacht oder an den Winter, wo in den Verkaufsregalen Orangen angeboten werden. Es gibt aber auch noch ein anders Bild, nämlich in Kalabrien, wo die meisten dieser Orangen von afrikanischen Flüchtlingen gepflückt werden. Diese Flüchtlinge leben dort in prekären Verhältnissen in Slums und erhalten für ihre Arbeit 20 Euro pro Tag. In Kalabrien ist auch von der sogenannten „Orangenmafia“ die Rede. Das zeigt doch, wie absurd gewisse Lebensmittelströme sind. Darum ist die Fair-Food-Initiative eine wirklich gute Initiative, denn sie stellt nicht nur ökologische, sondern auch soziale Anforderungen. Die Preise werden durch die Initiative nicht steigen. Die Forderungen der Initiative sind sinnvoll. Ich hoffe, dass sich die Luzerner Stimmbevölkerung dessen bewusst ist.

Markus Hess: Unserem Rat fehlt die Kompetenz, um über Bundesangelegenheiten zu legiferieren. Es ist mir deshalb nicht klar, warum wir uns zu dieser Initiative äussern. Trotzdem sollte gesagt werden, dass die Umsetzung der Initiative sehr fragwürdig ist. Wir müssten die Produktionsbedingungen inklusive der Tierschutzbestimmungen im Ausland kontrollieren, was sehr schwierig sein dürfte. Diese Massnahmen würden schlussendlich auch zu einer Verteuerung der Lebensmittel führen. Sollte die Initiative angenommen werden, was ich bezweifle, müssten die Kantone gemeinsam mit dem Bund entsprechende Massnahmen ergreifen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Der Anfragende ist über die Antworten enttäuscht, daran kann ich leider nichts ändern. Die Regierung hat eine klare Position bezogen, sie lehnt die Initiative ab und unterstützt damit die Haltung des Bundesrates. Das Bundesparlament hat ausgiebig über die Initiative diskutiert. Wenn der Bund keine präziseren Antworten bezüglich der Umsetzung

geben kann, so ist das auch uns nicht möglich. Die Standards in der Lebensmittelproduktion sind in der Schweiz sehr hoch. Die Initiative möchte diese Standards auch auf importierte Produkte ausweiten. Im Moment ist es kaum möglich, die finanziellen Auswirkungen auf die Konsumenten, die Verwaltung sowie auf Vertragsabkommen mit anderen Nationen zu beziffern.